

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ weiterentwickeln und neujustieren: Die extreme Rechte zurückdrängen!

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der Freistaat Sachsen verfügt seit dem Jahre 2005 mit dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) über ein bedeutsames und bewährtes Instrument zur Förderung von Projekten, die sich um die Entwicklung der demokratischen Kultur bemühen. Für die Entwicklung und Durchführung von Projekten, die unter anderem durch das Landesprogramm ermöglicht werden, gebührt den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Initiativen der Dank und die Anerkennung des Landtages.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

zur Gewährleistung der Effektivität und Wirksamkeit des mit dem Landesprogramm geschaffenen Handlungsrahmens auch in Zukunft sicherzustellen, dass neben der Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der kontinuierlichen materiellen Absicherung des Landesprogramms zeitnah eine dringend erforderliche konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung und Konzentration in der Ausrichtung des Landesprogramms auf die bestehenden Probleme und Defizite der Demokratieentwicklung im Freistaat Sachsen, insbesondere auf das fortgesetzte, gewalttätige Wirken der extremen Rechten, ihrer Strukturen und Ideologien umgesetzt wird (Neujustierung) und hierzu insbesondere,

Dresden, den 7. Februar 2017

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

1. die Zurückdrängung der extremen Rechten als einen wesentlichen Förderschwerpunkt in das Landesprogramm aufzunehmen.
2. einen eigenständigen Beirat für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ einzurichten, der überwiegend mit Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft besetzt sein soll und folgende Aufgaben sicherstellen soll:
 - a) die konzeptionelle und inhaltliche Fortentwicklung der Förderschwerpunkte des Landesprogramms,
 - b) die Entwicklung von Anregungen für (Modell-) Projekte in zu wenig abgedeckten Handlungsbereichen und Regionen,
 - c) die Verwirklichung der Vernetzung und verstärkten gegenseitigen Kooperation der im Rahmen des Landesprogramms geförderten Projekte und ihrer Träger,
 - d) Anregung der erforderlichen Optimierungen im Prozess der Antragstellung und Förderentscheidung sowie Evaluierungsverfahren.
3. dem Landtag einen umfassenden Evaluierungsbericht 2017 zur Umsetzung und Wirksamkeit des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ bis zum Ende des 2. Quartals 2017 vorzulegen, der insbesondere darstellen soll:
 - a) die von der Staatsregierung seit Beginn der 6. Wahlperiode ergriffenen Maßnahmen, um das Programm konzeptionell und inhaltlich weiterzuentwickeln,
 - b) die erreichte Zugänglichkeit und Offenheit des Landesprogramms für Träger bzw. deren Projekte im Allgemeinen durch den Abbau bürokratischer Hürden – beispielsweise des Aufwands zur Antragstellung,
 - c) die zur Verbesserung der Zugänglichkeit des Landesprogramms im Besonderen für ‚kleine‘ Initiativen und Projekte, zur Erhöhung der Transparenz im Prozess der Förderentscheidung sowie zur Absenkung der Höhe von Eigenanteile seit Beginn der 6. Wahlperiode ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse,
 - d) die zur Vermeidung der bei der Förderung von Projekten im Rahmen des Landesprogramms absehbaren zeitlich bedingten Finanzierungslücken – etwa aufgrund von Jahresübergängen – eingeleiteten Schritte und deren Ergebnisse,
 - e) die seit Beginn der 6. Wahlperiode durchgeführten Sitzungen des Beirates und die dabei getroffenen Entscheidungen zur verbesserten Umsetzung des Landesprogramms,
 - f) die bestehenden Möglichkeiten, um den Projekten, die über Förderzeiträume des Landesprogramms hinaus tätig sind oder tätig sein wollen, eine die regulären Förderzeiträume überschreitende, auch mehrjährige Finanzierung verlässlich zu gewähren.

Begründung:

Die strukturellen und ideologischen Ausprägungen der extremen Rechten sind ein langfristiges Hindernis für die Demokratieentwicklung im Freistaat Sachsen. Es manifestierte sich zuletzt unter anderem in einem signifikanten Anstieg von Delikten im Phänomenbereich der politisch rechtsmotivierten Kriminalität im Jahr 2015. Das ausgesprochen hohe Fallaufkommen hat sich augenscheinlich auch nicht im nunmehr verstrichenen Jahr 2016 „normalisiert“.

Vielmehr ist von einer anhaltenden Radikalisierungsdynamik auszugehen, die sich auf organisatorischer Ebene beispielsweise in der Herausbildung neuer „Kameradschafts-“ Gruppierungen niederschlägt, die militante, bis hinein in den Bereich des Rechtsterrorismus reichende Aktionsstile ausprägen. Nach mehreren Jahren organisatorischer Stagnation gelang es solchen Strukturen zuletzt wieder, neue Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen, die augenscheinlich gehäuft in jugendlich dominierten Fußballfankulturen rekrutiert werden. Thematisch stützt sich die extreme Rechte in Sachsen derweil auf eine ausgedehnte Anti-Asyl-Kampagne, in deren Kontext eine Zusammenarbeit mit – nach dem Dafürhalten etwa des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen – nicht-extremistischen Kräften angestrebt und bereits erfolgreich praktiziert wird. Ideologien der extremen Rechten dringen dadurch umso stärker in ein „bürgerliches“ Milieu ein. Vorliegende Studien zum Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der jüngst vorgelegte „Sachsen-Monitor“ belegen zumal die starke Ausbreitung von Ideologien der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit innerhalb der sächsischen Gesamtbevölkerung.

Sowohl die offenkundig langfristig angelegte Problemlage wie auch ihre aktuellen Ausprägungen bedürfen unverzüglich eines abgestimmten Maßnahmenbündels. Dahingestellt sei, dass es der Staatsregierung zum Bedauern der Antragstellerinnen und Antragsteller bis dato nicht gelungen ist, vorhandene Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept zu bündeln oder entsprechend zu erweitern. Gleichwohl ist das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) ein bewährtes und in seiner Kontinuität bedeutsames, bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement einbeziehendes Instrument der Demokratieentwicklung. Zahlreiche Projekte, die im Rahmen des WOS gefördert wurden oder werden, leisten einen bemerkenswerten Beitrag zur Aufklärung über und Zurückdrängung der Strukturen und Ideologien der extremen Rechten wie auch zur Beratung von Betroffenen rechter und rassistischer Hetze und Gewalt.

Nach Auffassung der einreichenden Fraktion DIE LINKE ist hierzu eine gezielte Fokussierung und Konzentration auf Maßnahmen zur Auseinandersetzung insbesondere mit dem Rechtsextremismus in Sachsen erforderlich, wie sie im Abschlussbericht zur Evaluation des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ empfohlen wurde, der 2014 im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vorgelegt wurde¹.

Die Autorinnen und Autoren des Berichts betonen eingangs die „Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit allen Formen der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen“ (S. 5). Die breit gefasste und fachlich zu begrüßende Ausrichtung an positiven Werten wie Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz reflektiere dies, dürfe aber „nicht dazu führen [...], dass rechtsextremistische Aktivitäten und Erscheinungsformen aus dem Blick geraten“. (S. 23) Der bisherige Programmschwerpunkt „Abbau von Extremismus, insbesondere Rassismus und Antisemitismus“ sei bereits ein häufig gewählter Tätigkeitsschwerpunkt zahlreicher Projekte (S. 39), insbesondere seien „viele der lokal und regional arbeitenden Projekte tatsächlich dort verortet [...], wo sich eine größere Zahl an offiziell bekannten Rechtsextremisten aufhält.“ (S. 34) Anzunehmen sei überdies, dass innerhalb des WOS weitere „Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und zur Stärkung einer demokratischen Kultur prinzipiell in ganz Sachsen sinnvoll“ seien (ebd.). Empfohlen wird insoweit auch die gezielte Förderung von Projekten im Bereich der Rechtsextremismusprävention und des Opferschutzes sowie der Beratung von Betroffenen rechter Gewalt (S. 49). Dies gilt es schleunigst umzusetzen.

¹ [http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Abschlussbericht_Weltoffenes_Sachsen\(2\).pdf](http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Abschlussbericht_Weltoffenes_Sachsen(2).pdf).